

Die Ergebnisse der Wahlen zur Bürgerschaft und den Bezirksversammlungen in Hamburg am 24. Februar 2008 – Wahlbericht und erste Analyse

Inhaltsverzeichnis

I.	Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung.....	1
II.	Konsequenzen der Wahlergebnisse	2
	a) Auswirkungen auf den Bundesrat	2
	b) Zu erwartende Auswirkungen auf die Bundesparteien	3
	c) DIE LINKE. nach den Winterwahlen in Hamburg, Hessen und Niedersachsen	5
III.	Ausgangslage und Verlauf des Wahlkampfes.....	6
	a) Die Aufstellung der Parteien und ihre Wahlstrategien	6
	b) Erkenntnisse aus den Vorwahlumfragen.....	9
	aa) Das neue Wahlsystem.....	9
	bb) Die politische Stimmung vor der Wahl.....	9
	cc) Die Stimmung in der letzten Woche.....	9
	dd) Aussagen zu möglichen Regierungsbündnissen.....	11
	ee) Interesse an der Wahl und Wähler/-innenmobilisierung.....	12
	ff) Die Kompetenzen der Parteien und die wichtigsten politischen Probleme	13
IV.	Erste Analyse der Wahlergebnisse	15
	a) Die Ergebnisse nach Parteien	15
	b) Die Wähler/-innenwanderungen.....	16
	c) Regionale Wahlstrukturen	17
	d) Wer wählte DIE LINKE. und warum?	18
V.	Die Ergebnisse der Wahl zu den Bezirksversammlungen	19
	Die Autoren / Vorbehalt	20

I. Zusammenfassung des Wahlergebnisses und erste Bewertung

Tabelle: Vorläufiges Ergebnis der Bürgerschaftswahl in Hamburg am 24.02.2008

Bundesland	Einheit	Wahlbet.	Zweitstimmenanteile 2008					
			CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Sonst.
Hamburg	%		42,6	34,1	4,7	9,6	6,4	2,6
	Sitze	121	56	45	0	12	8	0
Vorherige Bürgerschaftswahl								
Hamburg	%	68,7	47,2	30,5	2,8	12,3	---	6,2
	Sitze	121	63	41	0	17	0	0
Veränderung gegenüber der vorherigen Bürgerschaftswahl								
Hamburg	%		-4,6	+3,6	+1,9	-2,7	+6,4	-3,6
	Sitze		-7	+4		-5	+8	

Hamburg hat als viertes westdeutsches Land in Folge DIE LINKE in das Parlament gewählt. Das prozentuale Ergebnis der Bundestagswahl wurde übertroffen. Das Wahlziel wurde souverän erreicht. Einzelne öffentlich kolportierte hochgesteckte Erwartungen (zweistelliges Ergebnis) wurden deutlich untertroffen.

Hamburg hat kein Fünf-Parteien-Parlament gewählt. Die FDP hat den Wiedereinzug knapp verfehlt.

Hamburg hat gleichwohl bestätigt, dass die Wahrscheinlichkeit von Wahlausgängen, die traditionelle Koalitionskonstellationen ermöglichen, weiter abnimmt. Die Wähler wollen die traditionellen Konstellationen nicht mehr (immer), sie wählen Parteien, keine Konstellationen und Koalitionen. Das stellt alle Parteien vor neue Herausforderungen.

Die Parteien der Großen Koalition verlieren das dritte Mal in Folge gemeinsam an Stimmen. Bei nur einem Viertel der Wähler gibt aber die Bundespolitik den Ausschlag für die Wahlentscheidung, im Mittelpunkt stehen Landesthemen. Unter den Bedingungen der Großen Koalition spielen Landtagswahlen nicht mehr die frühere Rolle von Denkmittel-Wahlen für die jeweilige Bundesregierung.

CDU, FDP und Grüne sind die Verlierer des Abends. Die Union verliert das zweite Mal eine absolute Mehrheit, statt fünf Alleinregierungen stellt sie nur noch drei. 2009 wird die CDU wahrscheinlich ihre beiden verbleibenden Alleinregierungen (Saarland, Thüringen) verlieren.

Die SPD zählt neben der LINKEN zu den Gewinnern des Wahlabends. Sie gewinnt knapp 4% hinzu. Allerdings: Bei den Vorwahlen erzielte sie ein historisch schlechtes Ergebnis, sie verbesserte sich lediglich auf das zweitschlechteste Ergebnis seit 1945 in Hamburg.

Gleichwohl kann das Wahlergebnis nicht als Denkmittel für die von Kurt Beck angezettelte „Linken-Debatte“ der SPD gewertet werden, denn das Ergebnis lag am oberen Rand der Umfragewerte vor der Wahl.

Hamburg steht vor einer „schwierigen“ Regierungsbildung. Die SPD könnte den Regierenden Bürgermeister stellen in einem Bündnis mit Grünen und Linken. Oder die CDU könnte erstmals mit den Grünen auf Landesebene eine Koalition eingehen und die SPD zusammen mit der Linken in die Opposition schicken. In beiden Fällen käme aus Hamburg eine neue „Farbenlehre“. Oder aber die SPD würde wieder einmal Juniorpartner in einer Großen Koalition.

Die schwarz-gelbe Mehrheit in der Bundesversammlung ist nach Hamburg voraussichtlich noch nicht gebrochen, wird aber nach den Wahlen in Bayern bei Verlusten der CSU von über 5% keinen Bestand mehr haben.

II. Konsequenzen der Wahlergebnisse

a) Auswirkungen auf den Bundesrat

Die Große Koalition auf Bundesebene verfügte seit dem Herbst 2006 über eine verfassungsändernde Mehrheit in beiden Kammern, also sowohl dem Deutschen Bundestag als auch dem Bundesrat. Diese verfassungsändernde Mehrheit haben Union und SPD jedoch nicht genutzt, um zum Beispiel die Föderalismusreform II durchzusetzen. Im Gegenteil - Pressemeldungen zufolge droht dieser Verfassungsreform eine abermalige Verschiebung des Zeitplans und damit womöglich das Scheitern.¹ Nunmehr ist die Mehrheit verloren.

Der Bundesrat, der zur Arena der Länderinteressen wurde und damit zu seiner eigentlichen Funktion zurückfand, wird künftig wieder stärker von den kleineren Parteien genutzt werden können.

Wie die genaue Bundesratszusammensetzung aussehen wird, ist angesichts der offenen Regierungsbildungen in Hessen und Hamburg schwer vorauszusagen.

Sollte in Hessen Frau Ypsilanti zur Ministerpräsidentin gewählt werden, würden Merkel und Beck im Bundesrat über 38 Stimmen verfügen. Damit hätte die Große Koalition weiterhin die notwendigen 50%+x der insgesamt 69 Bundesratsstimmen, also die Mehrheit im Bundesrat. Alle einfachgesetzlichen Regelungen können theoretisch weiterhin ohne Beteiligung der

¹ Vgl. Der Spiegel 9/2008, S. 15.

Kleinen Parteien durchgesetzt werden. Ihr Einfluss wird aufgrund der Divergenzen zwischen den Ländern in Sachfragen und in den Ausschüssen dennoch steigen.

Sollte aber Frau Ypsilanti in Wiesbaden regieren und in Hamburg keine Große Koalition sondern eine schwarz-grüne Regierung gebildet werden, schmilzt der Anteil der schwarz-roten Bündnisse bzw. Alleinregierungen auf 35 Stimmen ab, also die knappste Mehrheit, die im Bundesrat denkbar ist.

Tabelle: Bundesratszusammensetzung nach den Wahlen vom 27.01. und 24.02.

Land	Stimmen	Große Koalition	Union-Allein-reg.	Schwarz-Gelb	SPD-Allein-reg.	Rot-Rot	Rot-Grün	Schwarz-grün
Bad-Würt.	6			6				
Bayern	6		6					
Berlin	4					4		
Brandenburg	4	4						
Bremen	3						3	
Hamburg	3	+3?						+3?
Hessen	5		-5?				+5?	
Meck-Vorp.	3	3						
Niedersachsen	6			6				
Nordrhein-Wf.	6			6				
Rheinland-Pf.	4				4			
Saarland	3		3					
Sachsen	4	4						
Sachsen-Anh.	4	4						
Schleswig-Hol.	4	4						
Thüringen	4		4					
Gesamt	69	19(+3?)	18(-5?)	18	4	4	3(+5?)	3?

b) Zu erwartende Auswirkungen auf die Bundesparteien

Die Bürgerschaftswahl in Hamburg beendet den Zyklus von drei Landtagswahlen in westlichen Ländern, von dem alle Parteien erhebliche Aufschlüsse über Chancen und Risiken bei der kommenden Bundestagswahl erwarteten.

Die größere der beiden Regierungsparteien hat in allen drei Wahlen Stimmenanteile verloren. In Hessen ist die CDU zusätzlich unter die 40%-Marke gerutscht. Es handelte sich jeweils um Länder, bei denen in den Vorwahlen außerordentlich gute Ergebnisse erzielt wurden. Die jetzigen Ergebnisse liegen immer noch über den Ergebnissen bei der Bundestagswahl 2005. Insofern stellen die Ergebnisse die CDU vor keine grundsätzlich neue Situation. Ihre Regierungsfähigkeit hängt ab vom Ergebnis der FDP und der Schwäche bzw. den Optionen der SPD.

Solange die LINKE ein Tabu bleibt und die FDP stur gegen eine Ampelkoalition mit der SPD, verbleibt die SPD nur die Rolle des Juniorpartners der CDU für eine Regierungsoption, eine eigene Kanzlerschaft ist in weite Ferne gerückt.

Die Situation ist für die CDU aber nicht so komfortabel, ihr demonstratives Selbstbewusstsein in der causa Beck/Ypsilanti ist hohl, weil es im Bundestag rechnerisch auch eine Mehrheit gegen die Union gäbe. Deshalb wird die CDU einerseits alles tun, damit es bei einer rein rechnerischen Möglichkeit bleibt („Antikommunismus“ usw. als Vogelscheuche gegen die SPD mobilisieren), und andererseits vieles versuchen, um sich zusätzlich eine schwarz-grüne Option zu erschließen. Da die FDP in Hamburg den Einzug ins Parlament verpasste, kann dieser Weg versucht werden, ohne große Missstimmungen und neue Beweglichkeit in Richtung einer Ampel-Koalition bei den Liberalen befürchten zu müssen.

Das Problem der CDU wird die Hessen-Wahl bleiben. Denn mit der Niederlage Roland Kochs ist das innerparteiliche Gleichgewicht verloren gegangen, die konservativen Kreise verfügen über keine vernehmbare Stimme mehr. Die Auseinandersetzungen um den zukünftigen

tigen Kurs werden bis Ende 2008 noch einmal anschwellen, aber zu keiner Bedrohung für Merkel werden. Denn auch der Hamburger Wahlkampf hat gezeigt: die klassischen Themen der CDU neben der Wirtschaft, innere Sicherheit und Ausländer, spielen derzeit keine Wahlentscheidende Rolle mehr.

Die SPD tritt mit dem Hamburger Wahlergebnis auf der Stelle. Rot-Grün ist erneut gescheitert. Die LINKEN sind erneut in ein Parlament eingezogen, vielleicht teilt man mit ihnen die Oppositionsbänke. Das strategische Dilemma in Hessen bleibt ohne Lösung. Die innerparteilichen Auseinandersetzungen können nun ohne Rücksicht auf Wahltermine ausgetragen werden.

Die Orientierung auf die leistungsorientierten Schichten, die leistungsorientierte Mitte, die ihren sozialen Status nicht durch Herkunft, Stand und anderes, sondern allein durch eigene Leistung begründet sieht, wird weiter von Steinmeier, Steinbrück aber auch von Klaus Wowereit u.a. vertreten werden, ohne damit aber eine Perspektive zu verbinden, die die SPD wieder in die Nähe der 40% führen könnte.

Die verbale Rückbesinnung auf sozialdemokratische Traditionen und auf die Lage der sozial Schwachen oder die Präsentation möglicher rot-rot-grüner Alternativen bleibt fragil, solange bundesweit bekannte Sozialdemokraten wie z.B. der Berliner Finanzsenator Sarrazin, Klaus Wowereit oder auch Kurt Beck sich distanzierend-fingerzeigend über die Lebensumstände der Unterschichten äußern und erheben (Speisezetteln, Waschgewohnheiten usw.).

Auch hier gilt: Mit der Generation Schröder ist da wenig zurückzugewinnen, und was danach kommt, fällt vielfach in die Kategorie „Cocktail-Schlürfer“ (Franz Walter).

In der SPD reift die Erkenntnis, dass die LINKE mit dem bisherigen Kurs nicht wegzukriegen sein wird, weshalb Beck andeutet, es müsse nicht bei der Paria-Strategie bleiben. Gleich, wie ernst es gemeint ist und auf wen der Druck gerichtet werden sollte (FDP?): Es ist die einzige mögliche Variante für die SPD, ihr hessisches Dilemma aufzulösen und dabei gleichzeitig bundespolitisch etwas zu gewinnen. Nicht nur die Akzeptanz von möglichen LINKEN-Stimmen bei der geheimen Wahl zur Ministerpräsidentin Ypsilanti wäre ein „Wortbruch“ gegenüber bisherigen Aussagen, sondern ebenfalls die Alternative, unter Koch in eine große Koalition einzutreten. Ohne einen Wortbruch ist das Hessen-Dilemma nicht auflösbar und eine Regierungsbildung zu ermöglichen.

Der Fall Wegner kam dabei zur Unzeit, wurde damit doch die „Zusammenarbeit mit Kommunisten“ auf die Tagesordnung gerufen statt die mit „der Linkspartei“ und CDU und FDP eine Steilvorlage geliefert.

Gleichwohl deutet Beck die Möglichkeit eines weiterreichenden Strategie-Wechsels an: Statt die Linke erfolglos möglichst klein und aus den Landtagen im Westen herauszuhalten, möchte er sie auf die konstellationspolitische Bühne holen.

Das schüfe Gelegenheit, den Schwarzen Peter vorübergehend auch mal loszuwerden. Es würde vor allem aber eine andere Beweglichkeit gegenüber FDP und CDU ermöglichen.

So ist die Drohung der Bundes-CDU, die große Koalition bei einer Zusammenarbeit mit der LINKEN in Hessen aufzukündigen, vor allem darin begründet, dass es für die SPD dann womöglich eine Alternative zu schwarz-rot gäbe, für die CDU aber nicht.

Den Grünen steht eine tiefgehende Strategie-Debatte bevor, wenn sie sich in Hamburg ernsthaft auf eine schwarz-grüne Konstellation einlassen.

Die Grünen haben Mitte der 90er Jahre das Soziale weitgehend aufgegeben und sich als ökologisch orientierte Bürgerrechtspartei des Mittelstandes in eine Konkurrenz zur FDP begeben. In einer rot-grünen Regierung konnten soziale und eher links orientierte Wählerschichten gerade noch gebunden und das Potenzial der ökologischen Modernisierer hinzugewonnen werden. In einem Bündnis mit der CDU wird das schwer. Es ist auch nicht erkennbar, welche strategische Positionierung über die Rolle einer neuen Scharnierpartei, einer Mehrheitsbeschafferin im Sinne der FDP hinaus damit verbunden werden soll.

Sollte ein schwarz-grünes Bündnis in der Hansestadt gleichwohl erprobt werden, wird viel davon abhängen, wie ein solcher Übergang inszeniert wird. Die aktuellen Wahlausgänge ermöglichen es womöglich gerade noch, einem größeren Teil der Grünen-Wähler/-

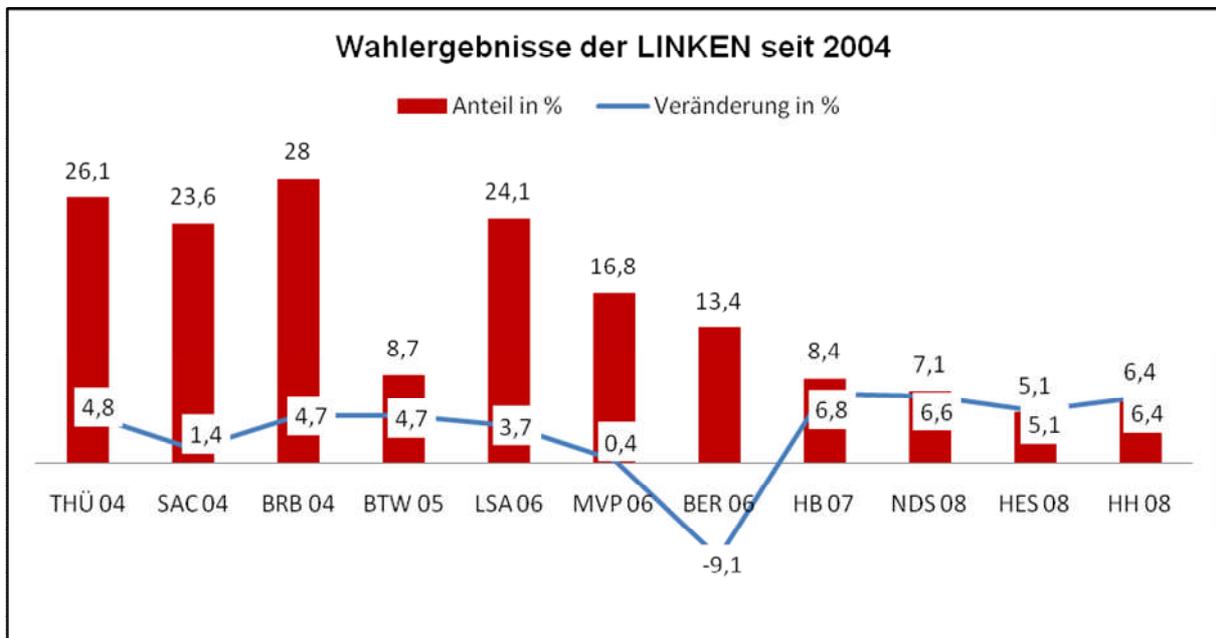
innenschaft eine Koalition mit der CDU als notwendiges Übel zur Auflösung von Blockaden des demokratischen Systems nahezubringen. Die Hamburger Grünen könnten erklären, dass sie die staatspolitische Verantwortung wahrnehmen, die die Liberalen in Wiesbaden nicht wahrzunehmen bereit sind.

c) DIE LINKE. nach den Winterwahlen in Hamburg, Hessen und Niedersachsen

Für die LINKE geht mit Hamburg eine strategische Etappe zu Ende. Sie zählt jetzt in Ost und West zu den „etablierten“ Parteien, mit denen gerechnet werden muss.

Für hochfliegende Erwartungen besteht dennoch und dies kann nicht oft genug betont werden noch kein Anlass. Das zeigen insbesondere die Ergebnisse in Hessen und Hamburg.

Aber es ist eine seit über 50 Jahren neue, historische Situation eingetreten: In Westdeutschland hat sich eine Partei links von der SPD durchgesetzt, und zwar mit den klassischen sozialdemokratischen Themen, nicht mit einem neuen Thema wie früher die Grünen.



Quelle: Eigene Zusammenstellung

Wenn festgestellt werden kann, dass die LINKE sich im Westen festgesetzt hat, dann stellt sich als nächstes die Frage, was sie mit ihren Erfolgen anzufangen weiß und wie sie sich weiterhin positioniert, vor allem, wenn das Zusammenarbeits-Tabu zu bröckeln beginnt.

Die LINKE würde unter ihren Möglichkeiten und hinter den Wahlergebnissen zurückbleiben, wenn sie sich auf die Rolle der besseren Sozialdemokratie („Original“) beschränken oder als selbstverständlicher Teil einer Mehrheit links von der Mitte bzw. der CDU verstehen würde. Darüber ginge ihre politische Eigenständigkeit und Souveränität im Handeln verloren.

Diese sind aber gefragt, wenn sie sich als Teil einer gesellschaftlichen, womöglich politischen Mehrheit begreift und positioniert, denen eine Grundauffassung über die regelnde, ausgleichende Aufgabe des Staates für soziale Gerechtigkeit und Gleichheit zu sorgen, gemein ist, einer Mehrheit, die vom Staat und vom Öffentlichen, also vom Gemeinwesen mehr erwartet als die klassische Schutzfunktion vor privater Willkür. Dabei ist zu beachten: Eine solche Haltung ist nicht per se links.

Was die Linke zunehmend braucht, sind neben konkreten Wegmarken für einen politischen Richtungswechsel mittelfristige strategische Gestaltungsprojekte, für die sich Bündnisse lohnen, z.B. die Überwindung der Zweiklassenmedizin mit einer Bürgerversicherung.

Die Wahl in Hamburg zeigt, dass nur in geringem Umfang Wähler/-innen von der SPD gewonnen werden konnten, vermutlich auch, weil die SPD-Wähler/-innenschaft hier schon An-

fang der 90er Jahre massiv zu bröckeln begann (Schill-Partei, Statt-Partei) und daher viele frühere sozialdemokratische Wähler/-innen nunmehr von „den Anderen“ kamen. Eine solche Wähler/-innenbasis ist besonders fragil, kennzeichnend für eine Protestpartei, die sich ein konzeptuelles Fundament erst noch erarbeiten muss.

Jedenfalls gilt, auch mit Blick auf den ersten ordentlichen Parteitag der LINKEN im Mai 2008: Sie hat es selbst in der Hand, sich als neue Partei zu präsentieren, oder als der alte, verschmähete Wein in neuen Schläuchen.

III. Ausgangslage und Verlauf des Wahlkampfes

a) Die Aufstellung der Parteien und ihre Wahlstrategien

Die mit absoluter Mehrheit regierende CDU gründete ihren Wahlkampf auf ein über Jahrzehnte bewährtes Rezept: Wirtschaft und innere Sicherheit. Hamburg erlebt einen wirtschaftlichen Boom auf der Basis einer strukturellen Erneuerung. Der Hamburger Hafen spielt hierfür eine große Rolle, doch entscheidenden Anteil habe die erfolgreiche Wirtschaftspolitik (Clusterbildung und -förderung) gehabt. Diese Erfolge gelte es durch eine Reihe weiterer Maßnahmen (Elbvertiefung, Steinkohlekraftwerk u.a.m.) zu sichern. Gleichzeitig stehe die CDU für eine Verringerung des Bedrohungs- und Unsicherheitsgefühls im öffentlichen Raum, insbesondere in den Zentren.

Früh war im Wahlkampf klar, dass die absolute Mehrheit der CDU verloren gehen und ein Koalitionspartner gebraucht werden würde.

Der bevorzugte Partner, die FDP, musste dafür aber erst einmal den Einzug in die Bürgerschaft zu schaffen. Sie setzte dafür auf eine insgesamt konturlose, kleinteilige Klientel-Strategie (Hundehalter, Raucher usw.)

Angesichts der Unsicherheit, ob der FDP überhaupt ein Einzug gelingen würde und dann noch in für Schwarz-Gelb ausreichender Stärke, wurde auch in der CDU in einem recht frühen Stadium über den ersten landespolitischen Versuch einer schwarz-grünen Koalition spekuliert, eine Zusammenarbeit, die in den beiden Bezirken Altona und Hamburg bereits zu beidseitiger Zufriedenheit funktioniert.

„Mit den Grünen habe ich keine Schwierigkeiten“, verkündete Ole von Beust mehrfach. Gleichzeitig grenzte er sich vom Koch'schen Wahlkampf in Hessen deutlich ab. Und schließlich orientierte er die Grundstruktur des CDU-Wahlkampfes auf Aussagen, die auch für ökologisch orientierte grüne Mittelstandspolitik anschlussfähig ist:

„Die strategische Grundsatzfrage lautet aus meiner Sicht: Sprechen Sie die Menschen eher mit Abstiegsängsten oder Aufstiegshoffnungen an? Wir setzen in unserem Wahlkampf auf Aufstiegshoffnungen. Auf die Aussicht auf ein besseres Leben, auf berufliche und persönliche Entwicklung für die Menschen und ihre Kinder. Ich glaube, dass das die größere Motivation ist. Aber darüber kann man streiten, denn Abstiegsängste lassen sich in einfache Slogans fassen, Hoffnungen muss man begründen.“²

Die Grünen ließen durch Krista Sager ebenfalls recht früh andeuten, dass sie einem schwarz-grünen Versuch nicht ablehnend gegenüber stehen würden, handelten sich damit aber heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen und Zerwürfnisse ein. Recht früh war erkennbar, dass ein großer Teil der Partei diesen Weg nicht vorne herein und in freien Stücken mitgehen würde. Auf entsprechende Anfragen stellten die Grünen fortan in der Regel „Inhalte“, Übereinstimmung in den Sachfragen, in den Vordergrund.

Auch wenn die CDU immer Schwarz-Gelb als Wunschvariante herausstellten wie die Grünen Rot-Grün, so stellten sich CDU und Grüne im Wahlkampf doch so auf, dass im Falle eines Falles nach dem Wahltag die Hürden für die Aufnahme von Gesprächen so niedrig wie möglich liegen würden. Hierin unterschied sich der Hamburger Wahlkampf deutlich von Hessen.

² Stern, 7.2.2008

Für die SPD standen dagegen zwei Aspekte im Vordergrund: Sich vom schlechtesten Wahlergebnis der Nachkriegszeit in der ehemaligen Hochburg, in der Stadt Herbert Wehners und Helmut Schmidts, zu erholen. Und zu testen, ob in einer weiteren Großstadt eine Rot-Grüne Ablösungsstrategie noch erfolgreich sein kann. Über andere eine weitere strategische Option verfügte die SPD nicht.

Nach einer völlig desolaten Kandidatenkür innerhalb des SPD-Landesverbandes wurde mit Naumann ein Kandidat „von außen“, ein Mann Schröders, nominiert. Der vom Habitus eher großbürgerlich wirkende Kandidat zelebrierte im Wahlkampf die Wiederentdeckung der sozialen Nöte in der Großstadt. Auf dem zentralen Feld der CDU, der Wirtschaft, konnte und wollte er keine Alternativen setzen.

Bei einem der zentralen Wahlkampfthemen, dem Schulsystem, bildeten sich die Wunschkonstellationen am deutlichsten ab. Während CDU und FDP das sogenannte "Zwei-Säulen-Modell" aus Stadtteilschulen und Gymnasien befürworteten, wollen SPD und Grüne langfristig eine "Schule für alle". Umstritten ist auch, ob Bildung in Hamburg etwas kosten darf. Naumann kündigte an, das Büchergeld an Schulen ebenso wie Kita- und Studiengebühren abschaffen zu wollen. Am geplanten Neubau eines Steinkohlekraftwerks in Moorburg wiederholte sich diese Konstellation, während sich in der Frage der Elbvertiefung beide großen Parteien weitgehend einig waren.

Die LINKE begann ihren Wahlkampf, wie fast alle Parteien, recht früh. Sie positionierte sich als Alternative für eine soziale Stadt, die sich gegen protzige Großprojekte, aber für Sozialtickets, gebührenfreies Studium, Arbeitsplätze statt 1-Euro-Jobs, öffentliche Infrastrukturinvestitionen und eine andere Besteuerung von Unternehmen aussprach. Auf einem Parteitag bekräftigte sie, einen Politikwechsel herbeiführen zu wollen. Wenn die Bereitschaft zur Unterstützung zentraler Anliegen des Aktionsprogramms vorhanden sei, sei man auch bereit über Formen der Zusammenarbeit zu reden.

Die Rolle der Linken war geprägt durch die Figur des Neuankömmlings und Outsiders: Er steht auf keiner Rechnung und erhält gerade dadurch zusätzliche Attraktivität, dass er die Planspiele der anderen durcheinander bringt. Wer wirklich etwas ändern will, wer ausdrücken will, dass er auch in dieser reichen Stadt lebt, ohne dass vom gemeinsamen Wohlstand etwas bei ihm ankommt, muss LINKE wählen.

Durch den Wahlausgang in Hessen und Niedersachsen erhielt die Hamburg-Wahl eine neue Bedeutung. Es war klar, dass die LINKE den Einzug schaffen würde. Es war nicht unwahrscheinlich, dass am Ende keine der beiden Wunschkoalitionen eine Mehrheit haben würde. Und es gab keine öffentlich kommunizierte Vorstellung, wie die hessische Situation aufgelöst werden könnte. Und es war klar, dass die Wochen zwischen dem 25. Februar und 4. April entscheidende Weichenstellungen für die Bundestagswahl bringen würden.

Neben der Frage, ob sich die CDU die schwarz-grüne Perspektive als zusätzliche Koalitionsoption neben Schwarz-Gelb und Schwarz-Rot erarbeitet, war die Frage, ob die SPD überhaupt wieder eine Option bekommt, wieder einmal den Kanzler stellen zu können, die entscheidende Bedeutung. Ein Überholen der CDU scheint derzeit völlig unrealistisch. Die FDP setzt erkennbar auch einen „Anti-Linksbündnis“-Wahlkampf, aber nicht auf eine wie auch immer gefärbte Koalition mit der SPD. Für Rot-Grün im Bund bestehen auch schlechte Aussichten. Die Frage, wie es die SPD mit der LINKEN hält, wird daher zu einer entscheidenden Frage. Allein, dass eine Zusammenarbeit mit der LINKEN kein Tabubruch mehr wäre, sondern eine Möglichkeit, könnte Bewegung in die FDP bringen und der SPD so eine zusätzliche Option mit der FDP, aber auch mit der LINKEN erschließen, in der sie stärkste Partei und damit Kanzlerpartei wäre.

Die gezielte Andeutung des SPD-Parteivorsitzenden Kurt Beck, dass die hessische Wahlsiegerin Andrea Ypsilanti möglicherweise doch mit den Stimmen der dortigen Linksfraktion zur Ministerpräsidentin gewählt werden könnte, hat die Schlussphase des Wahlkampfes bestimmt. So logisch diese Überlegungen sind, trafen sie die SPD doch zur Unzeit.

Die SPD steckt in einem strategischen Dilemma, das u.a. aus früheren Festlegungen, nicht zuletzt von Kurt Beck selbst herrührt, nach denen zwar im Osten aber keinesfalls im Westen mit der LINKEN kooperiert werden dürfe. Kurt Beck, der nach der Bundestagswahl 2009 unter den Bedingungen künftig stärker notwendiger Drei-Parteien-Koalitionen glaubhaft eine Ampelkoalition auf Bundesebene anstrebt, wollte mit seinem früheren Verdikt gegen die LINKE deren Einzug in die Landtage verhindern. Das ist nicht gelungen. Stattdessen ist die LINKE zu einer festen Größe auch in den westdeutschen Landesparlamenten sowie im Bund geworden.

Seine Andeutungen, das Tabu gegenüber der LINKEN aufzubrechen waren also logisch, aber riskant. Verliert die SPD aufgrund dieser Aussagen deutlich in Hamburg, könnte sich der strategische Kurswechsel gegen Beck selbst richten. Es sei denn, dass die Parteigremien der SPD – unabhängig vom Wahlausgang – die sozialdemokratischen Landesparteien, so wie dies bereits im Osten Deutschlands der Fall ist, ohne generelle Festlegungen ermächtigen, ihre Bündnispartner selbst zu wählen. Ob in Koalitionsabsprachen oder in Tolerierungsbündnissen würde dann vor Ort zu entscheiden sein. Die neuen Spielräume der SPD-Verbände würden der LINKEN eine neue Qualität von verantwortlichem Handeln im politischen Raum abverlangen.



Quelle: Infratest-dimap – eigene Zusammenstellung

Es sei an dieser Stelle auf ein bislang weitgehend unbeachtet gebliebenes Ergebnis aus den hessischen Vorwahlbefragungen von Infratest-dimap verwiesen (siehe nebenstehende Grafik). Gefragt war nach der Einbeziehung der LINKEN in eine Koalition mit der SPD. Eine große Mehrheit der Wähler/-innen der LINKEN spricht sich darin für eine Regierungsbeteiligung der LINKEN aus.³ Demgegenüber steht eine sehr kleine Gruppe, die jedes Bündnis mit der SPD ausschließt.

Die Einstellungen und Erwartungen der Wählerinnen und Wähler der Linken zu einer Koalition und Regierungsbeteiligung unterscheiden sich erkennbar von denjenigen vieler Mitglieder und Gremien. Offensichtlich trauen die Wählerinnen und Wähler der Partei mehr zu, auch mehr an selbstbewusster Souveränität, als viele in der Partei ihr selbst. Wenn sich die Haltung der SPD änderte, das Tabu für den Westen fiele, geriete die LINKE in die Lage, müsste sich die LINKE auf neue Weise mit den Einstellungen und Erwartungen der Wählerinnen und Wähler zu ihrer politischen Wirksamkeit auseinandersetzen.

Zu den Stimmungen und Wendungen der letzten zehn Tage des Wahlkampfes gehören unter bundespolitischem Aspekt sowohl die Äußerung Beck's zur Hinnahme einer Ypsilanti-Wahl mit den Stimmen der Linken als auch die Äußerungen von Christel Wegner. In beiden Fällen spielte die LINKE eine entscheidende Rolle. Sicherlich bestand, gerade was den Umgang mit Wegner-Position und DKP-Kandidaten angeht, auch ein Interesse aller anderen Parteien, den Zustrom zur Linken bei den noch unentschlossenen Wählern klein zu halten. Erkennbar wurde beides – Wortbruch, Zusammenarbeit mit Kommunisten – genutzt, um die möglichen Bruchlinien in einer richtungslosen SPD zu vertiefen. Die Hürden für die SPD, aus ihrem strategischen Dilemma auszubrechen, sollten möglichst hoch gebaut werden.

³ Infratest-dimap 2008, Wahlreport – Hessen hat gewählt, Berlin, S. 89.

b) Erkenntnisse aus den Vorwahlumfragen

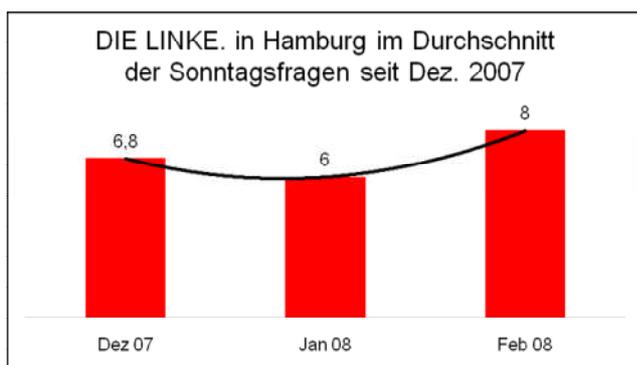
aa) Das neue Wahlsystem

Bei der Hamburgischen Bürgerschaftswahl kam zum ersten Mal ein neues Wahlrecht zur Anwendung. Dieses aus vielen Kommunalwahlsystemen bekannte Prinzip des „kumulieren“ bzw. „panaschieren“ sieht vor, dass alle Wähler/-innen jeweils sechs Stimmen zu vergeben hat. Mit den fünf Wahlkreisstimmen werden Wahlkreislisten bzw. Wahlkreiskandidaten gewählt. Mit der „sechsten“ Stimme kann eine gebundene Landesliste einer Partei gewählt werden. Nach Erhebungen von Infratest-dimap fühlte sich ca. drei Wochen vor Wahl lediglich ein Viertel der Hamburger (27 %) ausreichend über das neue Wahlrecht informiert. Eine große Mehrheit von 70% äußerte Informationsbedarf.

Die Anhänger der kleinen Parteien beabsichtigen deutlich häufiger, ihre Stimme zu splitten, als die Anhänger der beiden großen Parteien, wie dies in Bundesländern mit Zweitstimmwahlrecht in der Regel der Fall ist.⁴

bb) Die politische Stimmung vor der Wahl

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen sind im Hamburger Bürgerschaftswahlkampf nicht ohne Einfluss geblieben.



Für DIE LINKE. bedeutete der Einzug in die beiden Landtage einen deutlichen Rückenwind für die Schlussphase des Wahlkampfes. Zwischen Januar 2008 und der letzten Umfrage von Infratest-dimap eine Woche vor der Wahl steigerte sich die LINKE um ein Drittel von 6% auf 9%. Ein Durchschnitt aller Umfragen seit Dezember 2007 lässt sich aus der nebenstehenden Grafik ablesen.

Quelle: Infratest-dimap – eigene Zusammenstellung

cc) Die Stimmung in der letzten Woche

In der Woche vor dem Wahltag drängten die Aussagen der niedersächsischen Abgeordneten Wegner zu Mauerbau und Staatssicherheit, die Steueraffäre und Äußerung von Kurt Beck, in Hessen könne sich Andrea Ypsilanti mit den Stimmen der Linken wählen lassen, in den Vordergrund der öffentlichen Auseinandersetzung und der Wahrnehmung der Wählerinnen und Wähler.

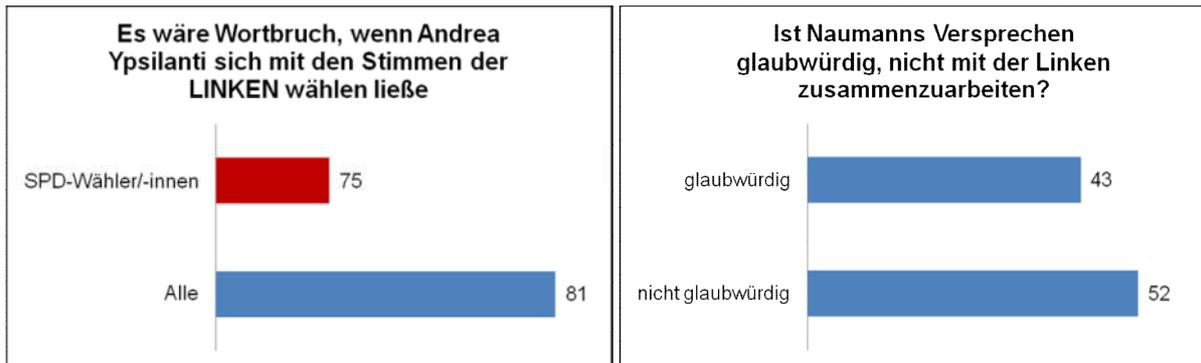
In einer Blitzumfrage von Infratest-dimap zwei Tage vor der Wahl⁵ antworteten die befragten Anhänger/-innen der LINKEN auf die Frage „finden sie es problematisch, dass die Hamburger Linke auch DKP-Mitglieder auf ihrer Liste hat?“ zu 49% mit „ja“ und zu 48% mit „nein“. Aus wahlstrategischer Sicht sind ausschließlich diejenigen interessant, die sich mit der Absicht tragen, die LINKE zu wählen, davon aber absehen könnten, wenn sie damit Mitglieder anderer Parteien wählen (müssen), deren politische Aussagen sie entweder nicht einschätzen können oder die sie für nicht wählbar halten oder die sie bei früheren Wahlen bewusst nicht gewählt haben. Würden alle diese zweifelnden Wählerinnen und Wähler die LINKE nicht wählen, so wäre der Einzug ins Parlament fraglich.

⁴ <http://www.infratest-dimap.de/?id=186&aid=224#9>

⁵ <http://www.tagesthemen.de/multimedia/video/video280850.html>

Stärker noch als die Zweifel an der tatsächlichen Erneuerung der LINKEN und ihrer Ablehnung der Re-Legitimierung von Stalinismus und entsprechenden Institutionen wie der Staatssicherheit haben die Aussagen des SPD-Parteivorsitzenden Kurt Beck über das Verhältnis zur LINKEN die letzte Woche der Bürgerschaftswahl bestimmt.

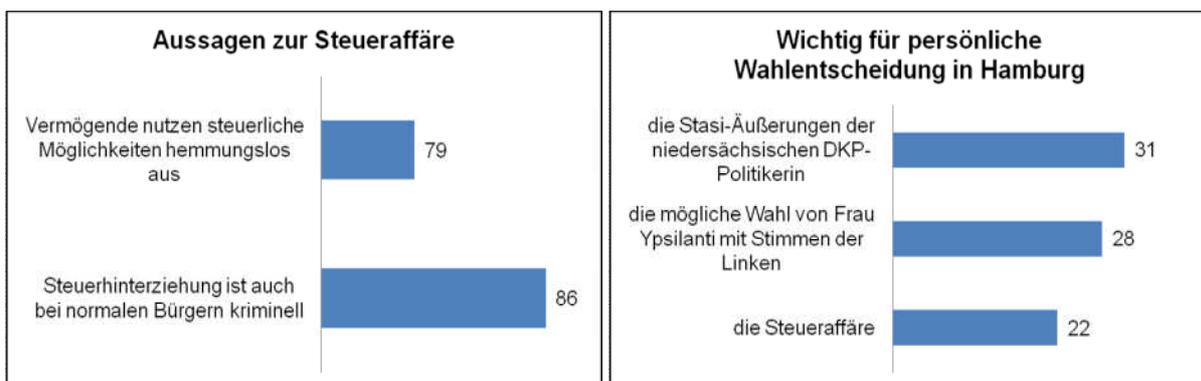
Gerade angesichts der deutlichen Aussagen des SPD-Spitzenkandidaten Naumann, eine Koalition mit der LINKEN auszuschließen („*Nein, nein, nein. Und für die Freunde der Linkspartei sage ich es so, dass auch ihre Genossen aus der alten DKP es verstehen: Njet!*“), ergab sich für die Hamburger SPD und den Bürgermeisterkandidaten Naumann ungewollt ein massives Glaubwürdigkeitsproblem. Auch hierzu hat Infratest-dimap am Freitag vor der Wahl Hamburgerinnen und Hamburger befragt.



Quelle: Infratest-dimap – eigene Zusammenstellung

Darüber hinaus bewegten die Menschen im Bundesgebiet und in Hamburg die Vorgänge um die Steuerhinterziehungsaffäre. Auch dieses Thema stellte für DIE LINKE eine unerwartete Unterstützung in dem auf soziale Gerechtigkeit ausgerichteten Wahlkampf. In den letzten zwei Wahlkampfwochen stellte sich heraus, dass Hunderte von Steuersündern, zusammen weit über drei Milliarden Euro Steuern über das Fürstentum Liechtenstein hinterzogen haben sollen. Die Medien berichteten breit darüber, der Postchef Zumwinkel musste seinen Hut nehmen. Im ARD-Morgenmagazin⁶ stellte Infratest-dimap dar, dass bei einer Befragung zwischen dem 19. und 20.02.2008 eine einhellige Empörung über die Steueraffäre herrschte. Mehr als vier von fünf Befragten (82%) befanden, dass Steuerhinterziehung generell kriminell sei, und fast ebenso viele vermuteten (79%), dass Vermögende ihre steuerlichen Möglichkeiten hemmungslos ausschöpfen (siehe Grafik unten).

In der bereits zitierten Blitzumfrage von Infratest-dimap wurde gefragt, ob Steueraffäre, Ypsilanti-Wahl mit Stimmen der LINKEN und Stasi-Äußerungen DKP-Abgeordneten wegner Einfluss auf die Wahlentscheidung hätten. Für fast ein Drittel der befragten HamburgerInnen waren die Äußerungen Wegners wichtig für die eigene Wahlentscheidung, für gut ein Fünftel war die Steueraffäre ausschlaggebend. Zu beachten ist, dass explizit gefragt wurde, ob diese drei genannten Themen Einfluss auf die Wahlentscheidung hatten.



Quelle: Infratest-dimap – eigene Zusammenstellung

⁶ <http://www.infratest-dimap.de/?id=229&sid=42>.

Vergleicht man die von Infratest-dimap erhobenen Daten vom September 2007 mit den Umfragen vom Januar und Februar 2008 zeichnete sich kein überraschendes Wahlergebnis ab. Michael Naumann gelang es während des Wahlkampfes zwar, sein Profil zu stärken, doch sprachen sich insgesamt mehr Wähler/-innen abstrakt für einen SPD-geführten Senat als Naumann im direkten Vergleich mit Ole von Beust an Zustimmung verbuchen konnte.

Tabelle: Zustimmung zu CDU bzw. SPD im Umfragenvergleich (Angaben in %)

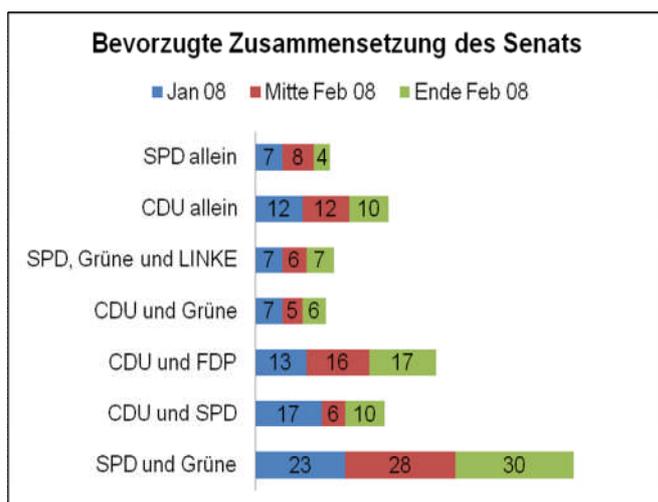
	September 2007		Januar 2008		17. Februar 2008	
	CDU	SPD	CDU	SPD	CDU	SPD
Für welche Partei würden Sie sich entscheiden, wenn am Sonntag Landtagswahl wäre?	42	32	40	35	39	35
Sollte der nächste Hamburger Senat CDU- oder SPD-geführt sein?	42	43	46	48	42	49
Für wen würden Sie sich bei einer Direktwahl des Bürgermeisters entscheiden: von Beust (CDU) oder Neumann (SPD)?	52	29	53	35	50	43

Quelle: <http://www.infratest-dimap.de>, eigene Zusammenstellung

dd) Aussagen zu möglichen Regierungsbündnissen

Wie bereits mehrfach dargestellt, hat sich mit dem Einzug der LINKEN in die westdeutschen Landtage eine Verschiebung im Parteiensystem ergeben, die bisherige auf Zweiparteienbündnissen beruhende Regierungskonstellationen jenseits Großer Koalition nicht mehr selbstverständlich sein lässt.

Die Wahrscheinlichkeit von „hessischen Verhältnissen“, eindeutige Angebote des christdemokratischen Bürgermeisters Ole von Beust an die Grünen sowie die Beck-Debatte über das Verhältnis zur LINKEN führten dementsprechend zu Konstellationsüberlegungen. Infratest-dimap hat auch zu diesem Thema die Hamburger/-innen befragt.⁷



Aus der nebenstehenden Grafik, deren wird deutlich, dass die Hamburger/-innen bei der konkreten Zusammensetzung des nächsten Senats keine klaren Präferenzen setzen. Erschwerend kommt hinzu, dass die beliebtesten Regierungsvarianten keine Chance auf Realisierung haben würden, wie sich am Wahlabend bestätigte. Den größten Zuspruch erhielt ein rot-grünes Bündnis. Die Präferenz für diese Konstellation stieg kontinuierlich auf letztlich 30% an. Ein bürgerliches Bündnis aus CDU und FDP bevorzugten letztlich 17% .

Quelle: Infratest-dimap – eigene Zusammenstellung

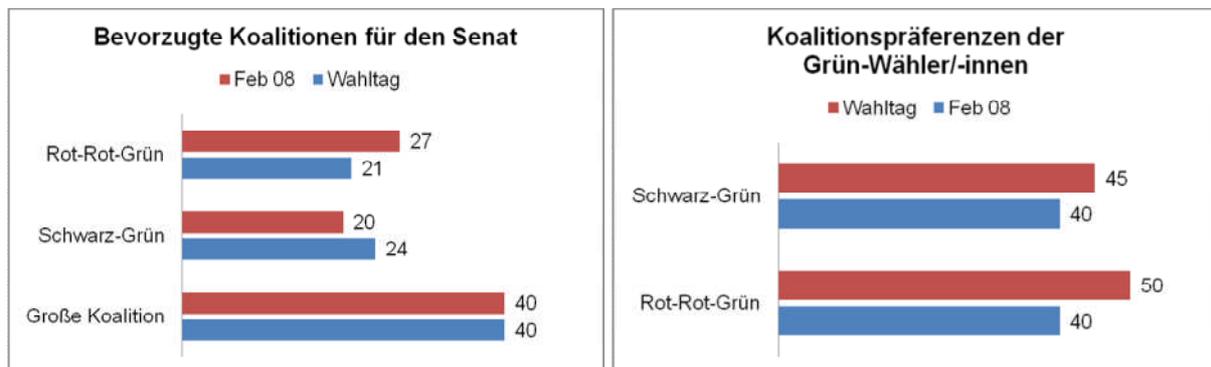
Eine schwarz-grüne Koalition befürworteten letztlich 6% der Wahlberechtigten, dies ist etwas weniger als für ein rot-rot-grünes Bündnis, für das sich 7% der Hamburger/-innen aussprachen.

Im Falle einer Alleinregierung sprachen sich – mit jeweils abnehmender Tendenz – mehr Hamburger/-innen für eine CDU- als für eine SPD-Regierung aus.

⁷ Vgl. <http://www.infratest-dimap.de/?id=186&aid=220#8,/?id=186,?id=153#13>.

Im Februar 2008 befragte Infratest-dimap die Hamburger Wahlberechtigten und am Wahltag die Hamburger Wähler/-innen nach ihren Wunschkonstellationen bei der Zusammensetzung des Senats, unter der Voraussetzung, dass nur Koalitionen möglich seien (siehe Grafik unten). Eine Große Koalition wird von jeweils 40% der Befragten präferiert. Die Zustimmung zu einer schwarz-grünen Koalition steigt auf 24% an, während die Zustimmung zu einem rot-rot-grünen Bündnis auf 21% absinkt. Trotz einer gewissen Selbstverständlichkeit der Debatte über mögliche rot-rot-grüne Bündnisse sind diese Zahlen bemerkenswert. Wer hätte es vor wenigen Monaten bzw. Jahren für möglich gehalten, dass an einem Wahltag in einem westlichen Bundesland fast ein Viertel aller Wähler/-innen eine Koalition aus SPD, Grünen und LINKEN befürworten, obwohl ein solches Bündnis vom SPD-Spitzenkandidaten explizit ausgeschlossen wurde. Darüber hinaus stellen diese Zahlen auch all diejenigen in Frage, die aus dieser Wahl einen Denkkzettel für die SPD aufgrund der von Beck angestoßenen Debatte über die Öffnung der SPD zur LINKEN unterstellen wollen.

Bereits während des Wahlkampfes begann innerhalb der Grünen Bundespartei eine Debatte über schwarz-grüne Bündnisse. Während die frühere Hamburger Senatorin Sager einem solchen Bündnis aufgeschlossen gegenübersteht, sprach sich der Vize-Fraktionsvorsitzende im Bundestag Trittin vehement dagegen aus. Auch durch die Anhänger/-innen der Grünen in Hamburg geht in dieser Frage ein tiefer Riss. Bei allen Gesprächen, die in Hamburg zwischen Grünen und CDU in den nächsten Tagen geführt werden, sollte von der Grünen Landesspitze beachtet werden, dass die Zustimmung für ein schwarz-grünes Bündnis nicht nur geringer ausfällt als für ein rot-rot-grünes Bündnis, sondern zudem die Präferenz für ein Bündnis aus SPD, Grünen und LINKEN bei den Grünen Anhänger/-innen am Wahltag mit 50% sogar noch höher ausfiel als zwei Wochen vor der Wahl.



Quelle: Infratest-dimap – eigene Zusammenstellung

ee) Interesse an der Wahl und Wähler/-innenmobilisierung

Rund zwei Wochen vor der Wahl ergaben die Befragungen durch Infratest-dimap aus Sicht der LINKEN ein gemischtes Ergebnis. Einerseits war das Interesse an der Wahl bei den LINKEN-Anhänger/-innen überdurchschnittlich ausgeprägt. Dies wird vermutlich stark mit dem erwarteten erstmaligen Einzug der Partei in die Bürgerschaft zu tun haben. Andererseits waren sich die Anhänger/-innen der LINKEN im Vergleich zu allen anderen Parteien am unsichersten über ihre persönliche Wahlentscheidung. Knapp ein Drittel gab an, dass sich die Wahlentscheidung noch ändern könnte. Darin drückt sich möglicherweise eine Volatilität aus, die letztlich zum erfolgreichen Abschneiden aber gegenüber den Umfragewerten doch geringeren Zustimmungswerten beitrug.

Demgegenüber ist es der CDU als einziger Partei überdurchschnittlich gut gelungen, ihre Wähler/-innen zu mobilisieren. Zwei Wochen vor der Wahl waren sich knapp vier Fünftel der Unions-Anhänger/-innen sicher, wie sie abstimmen werden.

Tabelle: Sicherheit in der Wahlentscheidung und Interesse an der Bürgerschaftswahl nach Parteien (Angaben in %)

	Die Wahlentscheidung steht...		Wie stark interessieren Sie sich für die Bürgerschaftswahl?	
	...so gut wie fest	... kann sich noch ändern	Sehr stark/stark	Weniger/gar nicht
Gesamt	77	23	70	30
CDU	85	15	81	19
SPD	76	24	74	26
FDP	71	29	71	29
Grüne	68	31	78	22
Linke	64	32	82	18

Quelle: <http://www.infratest-dimap.de/?id=186&aid=225>

ff) Die Kompetenzen der Parteien und die wichtigsten politischen Probleme

Der Union gelang es in fünf von zehn durch Infratest-dimap abgefragten Politikfeldern mit deutlichem Abstand vor der SPD zu liegen. Für kompetenter als die SPD wird die CDU auf den Felder Wirtschaftspolitik (35% vor der SPD), bei der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen (12%) und bei der Bekämpfung der Kriminalität (16%) gehalten.

Die SPD hingegen dominiert auf den Feldern der Bildungspolitik (16%), der Familienpolitik (25%), bei der Verbesserung der Situation in sozialen Brennpunkten (17%) und ganz klar bei der Herstellung sozialer Gerechtigkeit (29%).

Bei der entscheidenden Frage nach der Fähigkeit, die Zukunftsprobleme Hamburgs zu lösen liegen beide Parteien faktisch gleichauf.

Die Grünen verbuchen die höchsten Kompetenzwerte naturgemäß bei der Umweltpolitik. Der Vorsprung der Grünen vor CDU und SPD ist knapp so hoch wie die beiden Parteien zusammen an Kompetenzwerten in diesem Politikfeld erreichen. Ebenfalls zweistellige Kompetenzwerte erhalten die Grünen in der Verkehrspolitik und der Bildungs- bzw. Familienpolitik.

Tabelle: Welcher Partei trauen Sie zu, diese Aufgaben zu lösen? (Angaben in %)

Kompetenzfeld	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Keiner Partei / Weiß nicht
Die Wirtschaft voranbringen	60	25	3	1	2	8
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	45	33	3	1	3	13
Kriminalität und Verbrechen bekämpfen	46	30	2	2	3	14
Verkehrsprobleme der Stadt lösen	33	26	3	13	1	23
Gute Umweltpolitik betreiben	14	15	2	57	2	9
Eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	26	42	4	10	5	12
Für Familien und gute Kinderbetreuung sorgen	21	46	2	14	6	10
Situation in heruntergekommenen Stadtteilen verbessern	23	40	2	9	7	18
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	19	48	2	8	11	10
Die Zukunftsprobleme lösen	35	33	1	6	3	20

Quelle: <http://www.infratest-dimap.de>

Wie bereits in Hessen und Niedersachsen erreicht DIE LINKE. die höchsten Kompetenzwerte bei der Herstellung sozialer Gerechtigkeit. Mit 11% liegt der Kompetenzwert fast doppelt so hoch wie das letztlich erreichte Wahlergebnis. Ebenfalls hohe Kompetenzwerte erreicht DIE LINKE. in der Schul- und Bildungspolitik, der Familienpolitik sowie bei der Verbesserung

der Situation in sozialen Brennpunkten. Vergleicht man die Werte der LINKEN, die erstmals in die Bürgerschaft einzogen mit denen der FDP, die immerhin zwischen 2001 und 2004 im Senat vertreten war, so stellt man fest, dass die LINKE fast durchgehend höhere bzw. mindestens gleichwertige Kompetenzwerte wie die Liberalen erreicht.

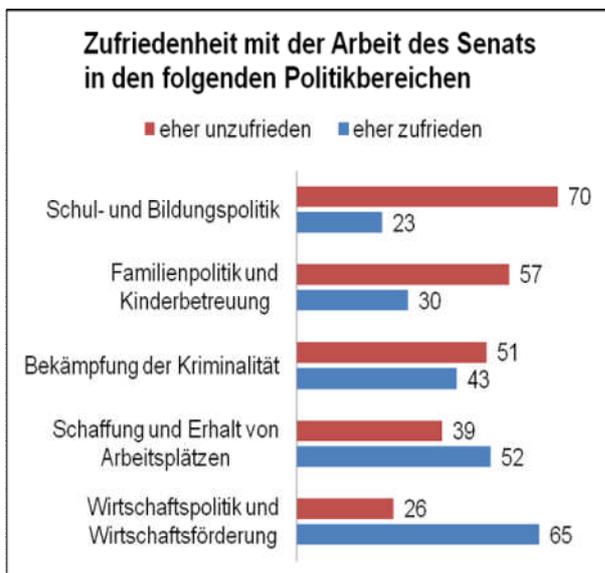


Setzt man die Ergebnisse der Kompetenzzuschreibungen ins Verhältnis zu den von den Hamburger/-innen als wichtigste politische Probleme benannten Themen, wird deutlich, dass die Union einen Bedeutungsverlust ihrer Kompetenzthemen vergegenwärtigen muss (s.a. Grafik).

Ergebnisse von Infratest-dimap zeigen, dass die Arbeitsmarktlage im Vergleich zu 2004 als weniger problematisch wahrgenommen wird und auch in den vergangenen Wochen eher das Thema soziale Ungerechtigkeit, also ein SPD-Kompetenzfeld, als die Arbeitsmarktlage an Bedeutung gewann.

Die Innere Sicherheit, mit der sowohl 2004 als auch 2001 die Hamburger Wahlkämpfe diskursiv überlagert waren, hat generell an Bedeutung verloren und schwächte sich in der Problemwahrnehmung mit dem Abflauen der Debatte um gewaltbereite Jugendliche zwischen Januar und Februar 2008 merklich ab. Nach Hessen rückte zum zweiten Mal im Vorfeld einer Landtagswahl das Themengebiet Bildung, Schule und Ausbildung auf den Spitzenplatz der als vordringlich zu lösenden politischen Probleme. Ebenso wie bei der Wahl in Hessen (schwarz-gelb 36% : rot-rot-grün 48%) wird auch den rot-rot-grünen Parteien in Hamburg auf diesem Themengebiet eine höhere Kompetenz zugetraut als Union und FDP (schwarz-gelb 30% : rot-rot-grün 57%).⁸

Die Innere Sicherheit, mit der sowohl 2004



Die Themenpräferenz bei den zu lösenden Problemen spiegelt sich auch in der Bewertung der Senatsarbeit wieder. Wie Infratest-dimap darstellt, ziehen die Hamburger/-innen eine

„eine differenzierte Bilanz der zu Ende gehenden Legislaturperiode. Mehrheitlich zufrieden sind die Hanseaten mit der Wirtschafts- (65:26 Prozent) und Beschäftigungspolitik (52:39 Prozent) der Beust-Regierung. Großer Unmut herrscht dagegen über deren Schul- und Bildungspolitik (23:70 Prozent) sowie über die Familienpolitik (30:57 Prozent). Auch beim Thema Innere Sicherheit vergibt eine knappe Mehrheit schlechte Noten (43:51 Prozent).“⁹

⁸ <http://www.infratest-dimap.de/?id=186&aid=224>

⁹ <http://www.infratest-dimap.de>, ebd.

IV. Erste Analyse der Wahlergebnisse

a) Die Ergebnisse nach Parteien

Die Bürgerschaftswahl 2008 mobilisierte, trotz der hohen bundespolitischen Aufmerksamkeit, knapp 50.000 Wählerinnen und Wähler weniger als die Wahl 2004.

Entgegen der Bundestagswahl 2005 wurde bei der Landeswahl erneut die CDU stärkste Partei. Die FDP scheiterte an der 5%-Hürde, obwohl sie bei der Bundestagswahl 2005 9,0% erreicht hatte. Alles in allem zeigen diese gegensätzlichen Ergebnisse zwischen Bundestags- und Bürgerschaftswahlen, dass die landespolitischen Themen im Vordergrund der Wahlentscheidungen standen.

Tabelle: Vorläufiges Endergebnis der Bürgerschaftswahl in Hamburg (Landesstimmen)

	Wahlberechtigte	Wähler	Gültige Stimmen	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke (Regenbogen)	Sonst.
	Absolute Stimmen								
LTW 08	1.235.834	782.915	775.257	331.184	265.515	36.995	74.744	50.173	16.646
BTW 05	1.230.724	954.153	943.364	272.418	365.546	84.593	140.751	59.463	20.593
LTW 04	1.214.935	834.656	824.128	389.170	251.441	23.373	101.227	9.200	49.717
	Prozentuale Anteile an Zweitstimmen								
LTW 08		63,4%	62,7%	42,7%	34,2%	4,8%	9,6%	6,4%	2,1%
BTW 05		77,5%	76,7%	28,9%	38,7%	9,0%	14,9%	6,3%	2,2%
LTW 04		68,7%	67,8%	47,2%	30,5%	2,8%	12,3%		6,0%
ggü.	Gewinne und Verluste absolut								
BTW 05	5.110	-171.238	-168.107	58.766	-100.031	-47.598	-66.007	-9.290	-3.947
LTW 04	20.899	-51.741	-48.871	-57.986	14.074	13.622	-26.483	40.973	-33.071
ggü.	in Prozentpunkten								
BTW 05		-14,2%	-13,9%	13,8%	-4,5%	-4,2%	-5,3%	0,2%	0,0%
LTW 04		-5,3%	-5,1%	-4,5%	3,7%	1,9%	-2,6%	6,5%	-3,9%

Das Wahlergebnis der LINKEN liegt mit 6,4% über dem prozentualen Ergebnis der Bundestagswahl, jedoch um knapp 9.300 Stimmen unter der absoluten Stimmenzahl (15,6%).

Die Grünen verlieren 46,9% ihrer Bundestagswähler/-innen, die FDP 56,3% und die SPD 27,4%.

Einzig die CDU gewinnt gegenüber der Bundestagswahl sowohl prozentual als auch in absoluten Stimmen hinzu, obwohl die Wahlbeteiligung gegenüber der Bundestagswahl um 17,8% zurückging.

Vor diesem Hintergrund ist der LINKEN eine relativ gute Mobilisierung ihrer bisherigen Wähler gelungen, ohne das jedoch eine bessere Ausschöpfung oder gar Vergrößerung des Wählerpotentials erkennbar wäre.

Die rechten Parteien spielten 2008 insgesamt eine noch geringere Rolle als 2004. Die DVU erreichte nur noch 0,8%.

b) Die Wähler/-innenwanderungen

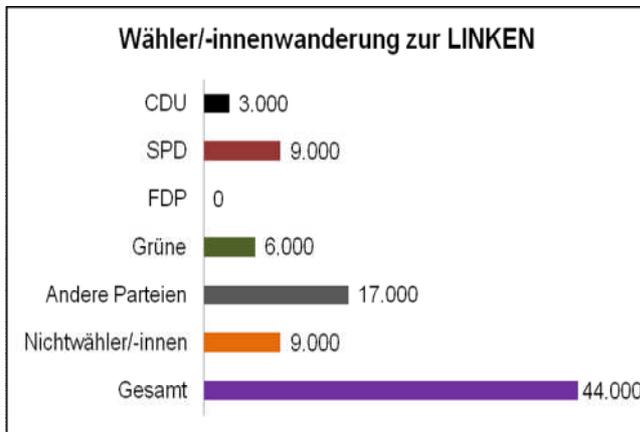
Die Wähler/-innenwanderung bei der Hamburger Bürgerschaftswahl zeigt eine gewisse Re-Stabilisierung des Wähler/-innenpotenzials sowie die mit der Existenz der LINKEN verbundenen Veränderungen.

Tabelle: Zuwanderung (+) bzw. Abwanderung (-) der Wähler/-innen (in Tsd.)

Parteien	CDU	SPD	FDP	Grüne	LINKE	Andere	Nichtwähler/-innen.
CDU		-1.000	-11.000	-1.000	-3.000	3.000	-41.000
SPD	1.000		-2.000	10.000	-9.000	5.000	-11.000
FDP	11.000	2.000		1.000	±0	2.000	-3.000
Grüne	1.000	-10.000	-1.000		-6.000	1.000	-16.000
DIE LINKE	3.000	9.000	±0	6.000		17.000	9.000

Quelle: <http://www.infratest-dimap.de>

Die Hamburger Parteienlandschaft durchlebte in den Jahren 1993 bis 2001 eine Destabilisierung durch starke rechte Protestparteien (STATT, SCHILL), die z.T. aus dem Stand bis zu 20% der Wähler/-innen auf sich vereinigen konnten. Bei der Bürgerschaftswahl 2001 erreichten CDU und SPD zusammen nur 63%. Bereits bei der Bürgerschaftswahl 2004 kehrten viele Wähler/-innen, die 2001 noch andere Parteien gewählt hatten, zu den etablierten Parteien zurück. Dieser Trend setzte sich bei der jüngsten Wahl fort und reduzierte den Anteil der Stimmen für sonstige Parteien auf 2,1%.

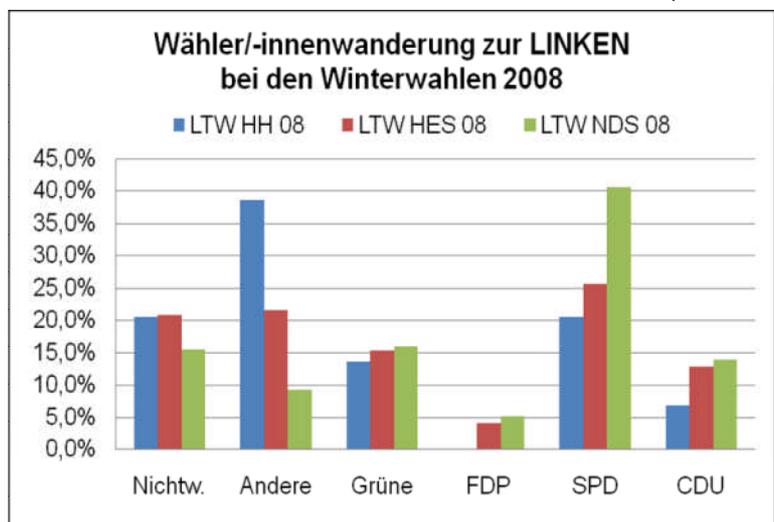


Alle etablierten Parteien jenseits der LINKEN können Rückkehrer von anderen Parteien begrüßen, insgesamt 11.000. Zugleich verlieren diese Parteien aber auch 71.000 Wähler/-innen, die im Unterschied zum Wahlgang vor vier Jahren nicht mehr zur Wahl gehen. Dies drückt sich nicht zuletzt in der deutlich abgesunkenen Wahlbeteiligung aus.

DIE LINKE. gewinnt – wie bereits bei den vorangegangenen drei Landtagswahlen vor allem von der SPD und den Grünen (siehe

he nebenstehende Grafik). Im Vergleich zu den Abstimmungen in Niedersachsen und Hessen sind die Stimmenzugewinne von Rot und Grün jedoch eher gering. Dies liegt mit hoher Wahrscheinlichkeit an der für westdeutsche Länder bislang untypischen Erosion des Wähler/-innenspektrums zu Lasten der etablierten Parteien in den 90er Jahren.

Profitiert haben davon Parteien wie die STATT-Partei bzw. die Partei Rechtsstaatliche Offensive von Schill. Diese Wähler/-innen, von denen viele früher SPD ge-



wählt haben werden, sind nunmehr zu den etablierten Parteien zurückgekehrt und haben vor allem aber die LINKE gewählt. Mit 17.000 Stimmen liegen die Wähler/-innen anderer Parteien damit nur knapp hinter den kumulierten Wähler/-innen der drei Parteien CDU, SPD und Grüne, von denen DIE LINKE insgesamt 18.000 Stimmen erhält. Noch einmal 9.000 Stimmen kommen aus dem Nichtwähler/-innenspektrum.

c) Regionale Wahlstrukturen¹⁰

Bis auf den Bezirk Hamburg-Mitte behauptet die CDU in allen Bezirken ihre führende Position. Allerdings verliert sie in den eher sozialdemokratisch-grün geprägten Bezirken über dem Landesdurchschnitt.

Die LINKE überschreitet in allen Bezirken die 5%-Marke. In Altona und Hamburg-Mitte erreichte die LINKE überdurchschnittliche Ergebnisse. In diesen Bezirken sind ebenfalls SPD und Grüne relativ stark vertreten.

Die Grünen verlieren in den Bezirken, bei denen sie bei der letzten Bürgerschaftswahl stark waren, überdurchschnittlich, in den eher schwächeren Bezirken unterdurchschnittlich.

Tabelle: Wahlergebnisse nach Bezirken im Vergleich (2004, 2008)

		CDU	SPD	FDP	GAL	LINKE
Hamburg	2008	42,7%	34,2%	4,8%	9,6%	6,4%
	2004	47,2%	30,5%	2,8%	12,3%	1,1%
Altona	2008	39,1%	33,7%	5,1%	12,4%	7,5%
	2004	45,0%	28,4%	3,0%	16,9%	1,9%
Bergedorf	2008	46,3%	34,0%	4,0%	7,0%	5,8%
	2004	51,1%	30,8%	2,7%	8,1%	0,7%
Eimsbüttel	2008	41,1%	34,2%	4,8%	11,7%	6,2%
	2004	45,2%	30,3%	2,9%	15,4%	1,3%
Hamburg-Mitte	2008	35,8%	39,2%	3,7%	8,7%	8,9%
	2004	40,2%	34,0%	2,2%	13,2%	1,7%
Hamburg-Nord	2008	40,9%	34,6%	4,9%	11,4%	6,1%
	2004	44,7%	31,8%	2,9%	14,5%	1,1%
Harburg	2008	44,2%	35,0%	4,2%	7,2%	6,5%
	2004	48,8%	31,8%	2,3%	7,5%	1,1%
Wandsbek	2008	48,3%	31,5%	5,3%	7,2%	5,3%
	2004	52,7%	28,9%	3,2%	8,8%	1,2%

Die SPD-Gewinne übersteigen lediglich in Altona den Landesdurchschnitt. Lediglich in Hamburg-Mitte nähert sich die SPD der 40%-Marke wieder an.

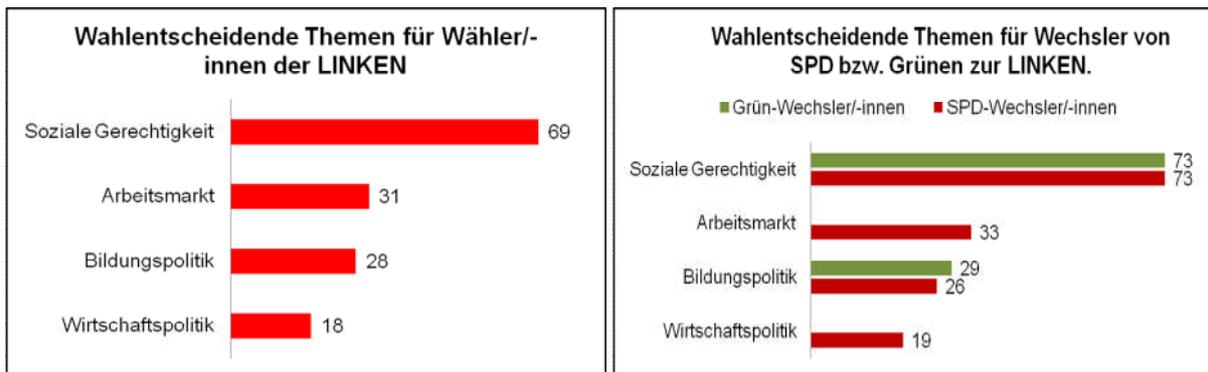
Die FDP erreichte in Altona und Wandsbek mehr als 5%.

¹⁰ Zum 01.03.2008 tritt eine neue Hamburger Gebietsgliederung in Kraft, die jedoch bereits zu den Wahlen 2008 angewendet wurde. Aus diesem Grund können die am Wahlabend vom Statistikamt Nord veröffentlichten Ergebnisse auf den verschiedenen räumlichen Gliederungsebenen nicht exakt mit früheren Wahlen verglichen werden. Eine Umrechnung der Ergebnisse der Bürgerschafts- und Bezirksversammlungswahlen 2004 auf die neue Gebietsgliederung und eine somit methodisch einwandfreie Vergleichbarkeit beider Wahlen wird erst in den kommenden Tagen im Internetangebot des Statistikamtes Nord veröffentlicht und muss insoweit einer späteren Analyse vorbehalten bleiben. Die nachfolgend dargestellten Ergebnisse stehen folglich unter diesem Vorbehalt.

d) Wer wählte DIE LINKE. und warum ?

Für eine qualifizierte Auswertung der Wahlergebnisse ist von Interesse, wie sich bestimmte soziale Gruppen bei der Wahl verhalten haben.¹¹

Wahlentscheidend für die Wähler/-innen der LINKEN in Hamburg war, wie bereits bei den Wahlen in Niedersachsen und Hessen das Themenfeld Soziale Gerechtigkeit (siehe untenstehende Grafik). Ebenfalls wie in den beiden anderen Ländern folgt mit deutlichem Abstand an zweiter Stelle der Abbau von Arbeitslosigkeit. Die Themen Bildungspolitik und Wirtschaftspolitik rangieren an dritter und vierter Stelle. Auch für die früheren SPD- und Grün-Wähler/-innen, die nun zur LINKEN wechselten steht das Themenfeld Soziale Gerechtigkeit an erster Stelle und verteilen sich die anderen Politikfelder in vergleichbarer Reihenfolge.



Wie bereits bei den vorangegangenen Wahlen in den westlichen Ländern wird DIE LINKE. von Frauen weniger als von Männern gewählt.

Tabelle: Wähler/-innen nach Geschlecht (Angaben in %)

Wähler/-innen	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Frauen	44	35	4	10	5
Männer	42	32	6	9	8

Quelle: Infratest-dimap: <http://www.tagesschau.de>

Tabelle: Wähler/-innen nach Tätigkeiten (Angaben in %)

Wähler/-innen	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Arbeiter/-innen	34	38	3	7	10
Angestellte	40	35	4	12	7
Selbständige	41	24	9	17	6
Rentner/innen	56	30	5	3	4
In Ausbildung	27	50	4	12	5
Arbeitslose	17	43	4	10	19

Quelle: Infratest-dimap: <http://www.tagesschau.de>

DIE LINKE. erhält den höchsten Zuspruch bei Arbeitslosen und Arbeiter/-innen, mit Werten, die zum Teil das Dreifache ihres Wahlergebnisses erreichen.

¹¹ Bei der Erstellung dieser Wahlberichterstattung waren die Autoren auf die im Internet von Infratest-dimap (ARD) bzw. der Forschungsgruppe Wahlen zur Verfügung gestellten Daten angewiesen. Lücken in der Datenfolge sind sehr bedauerlich, liegen aber in entsprechend sparsamer Veröffentlichung der genannten Institute begründet.

Tabelle: Wähler/-innen nach Bildungsstand (Angaben in %)

Wähler/-innen	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Hauptschulabschluss	48	35	5	3	7
Mittlere Reife	48	35	4	5	6
Abitur	39	36	4	12	6
Hochschulabschluss	37	31	6	18	6

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen <http://www.heute.de>

Aus diesen von der Forschungsgruppe Wahlen veröffentlichten Daten lässt sich ablesen, dass DIE LINKE. in allen Bildungsgruppen nahezu gleich vertreten ist. Menschen mit einem Hauptschulabschluss ist etwas stärker vertreten, was sich wohl auch aus der Dominanz von Arbeiter/-innen und Arbeitslosen in der Wähler/-innenstruktur ableiten lässt.

Tabelle: Wähler/-innen nach Altersstruktur (Angaben in %)

Wähler/-innen	CDU	SPD	FDP	Grüne	Linke
Erstwähler/innen	31	43	4	11	6
18-24 Jahre	32	41	4	11	6
25-34 Jahre	37	35	5	13	6
35-44 Jahre	37	33	5	15	6
45-59 Jahre	37	35	4	12	10
60+	53	33	5	3	4

Quelle: Infratest-dimap: <http://www.tagesschau.de>

Auch bei dieser Kategorie entspricht das Hamburger Wahlergebnis den Erfahrungen aus vorangegangenen Wahlen. DIE LINKE. dominiert bei den 45-59jährigen, erreicht durchschnittliche Ergebnisse bei den anderen Gruppen und wird von den über 60jährigen unterdurchschnittlich gewählt, wenngleich die Differenz deutlich geringer ausfällt als bei den Grünen in der gleichen Altersgruppe im Vergleich zu den anderen Alterskohorten. Die Union ist die Partei der über 60jährigen, während die SPD bei Erstwähler/-innen und den 18- bis 34jährigen sehr gut abschneidet.

V. Die Ergebnisse der Wahl zu den Bezirksversammlungen

Die Freie und Hansestadt Hamburg gliedert sich in sieben Stadtbezirke. Die Bezirke verfügen jeweils über ein eigenes Bezirksparlament, die Bezirksversammlungen. Diese Bezirksversammlungen haben rechtlich die Stellung von Verwaltungsausschüssen, mit sehr eingeschränkten Kompetenzen. Jeder Bezirk gliedert sich in mehrere Stadtteile, von denen es in ganz Hamburg insgesamt 104 gibt.

Ursprünglich sollten nach dem im Jahre 2004 durch Volksentscheid in Kraft getretenen Wahlrecht in Hamburg die Bezirksversammlungen alle fünf Jahre, parallel zu den Europawahlen gewählt werden. Damit sollte die Bedeutung der Bezirksversammlungen erhöht werden.

Durch von der CDU unter Missachtung des Volksentscheids und gegen die Stimmen der übrigen Bürgerschaftsfraktionen beschlossene Änderungen am Wahlrecht wird die Bezirksversammlung wieder parallel zur Bürgerschaftswahl von den Wählern bestimmt.

Wahlberechtigt sind alle deutschen Staatsangehörigen sowie Staatsangehörige der übrigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft (Unionsbürger), die das 18. Lebensjahr vollendet und seit mindestens drei Monaten in dem jeweiligen Bezirk ihren Wohnsitz haben.

Der Vergleich zwischen den Wahlergebnissen zur Bürgerschaft und den Bezirksversammlungen zeigt einige interessante Tendenzen.

Tabelle: Wahlergebnisse nach Bezirken (Bürgerschaft und Bezirksversammlung)

		CDU	SPD	FDP	GAL	LINKE
Hamburg	2008	42,7%	34,2%	4,8%	9,6%	6,4%
Altona	Bü	39,1%	33,7%	5,1%	12,4%	7,5%
	Bezirk	34,6%	29,8%	5,9%	18,2%	9,2%
Bergedorf	Bü	46,3%	34,0%	4,0%	7,0%	5,8%
	Bezirk	42,1%	34,5%	4,8%	9,9%	6,6%
Eimsbüttel	Bü	41,1%	34,2%	4,8%	11,7%	6,2%
	Bezirk	36,7%	30,2%	5,6%	18,8%	7,1%
Hamburg-Mitte	Bü	35,8%	39,2%	3,7%	8,7%	8,9%
	Bezirk	31,7%	37,2%	4,2%	13,1%	10,2%
Hamburg-Nord	Bü	40,9%	34,6%	4,9%	11,4%	6,1%
	Bezirk	36,7%	32,6%	5,6%	16,7%	7,0%
Harburg	Bü	44,2%	35,0%	4,2%	7,2%	6,5%
	Bezirk	40,2%	35,6%	6,0%	10,1%	6,1%
Wandsbek	Bü	48,3%	31,5%	5,3%	7,2%	5,3%
	Bezirk	43,6%	30,8%	6,2%	11,5%	6,0%

In Altona, wo in der Bezirksversammlung CDU und Grüne zusammenarbeiten, bleibt die CDU deutlich hinter ihrem Bürgerschaftswahlergebnis zurück, während die Grünen mit 18,2% deutlich darüber liegen – eine deutliche Zustimmung zur Bezirkspolitik der Grünen, nicht zwingend zur Zusammenarbeit mit der CDU, dann in fast allen Bezirksversammlungen schneiden die Grünen deutlich besser ab als bei der Bürgerschaftswahl. Auch die LINKE wird, bis auf Harburg, in allen Bezirken von mehr WählerInnen in die Bezirksversammlungen gewählt als in die Bürgerschaft. In Hamburg-Mitte erreicht sie ein zweistelliges Ergebnis.

Die Autoren / Vorbehalt

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff (DIE LINKE.) ist Sozialwissenschaftler und arbeitet derzeit als Staatssekretär für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz im Senat von Berlin.

Horst Kahrs ist Politikwissenschaftler und leitet den Bereich Strategie und Politik beim Parteivorstand DIE LINKE.

Beide Autoren geben in dieser Wahlberichterstattung ihre persönliche Meinung wieder.

Diese Analyse entstand in der Wahlnacht vom 24./25. Februar 2008 und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt eigenen Erkenntnissen, den öffentlich zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen. Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen. Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

* * *